Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

Nr. 82. Jahrgang 194.

Bezugs-Preis für Halle und die Vororte 2,50 Mark, durch die Post bezogen 3 Mark für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wochentäglich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeilage), Illustr. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage), Landwirthschaftl. Mittheilungen.

Montag-Ausgabe

Anzeige-Gebühren für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Halle 15 Pfennig auswärts 20 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Theils die Zeile 60 Pfennig. Anzeigen-Annahme bei der Expedition in Halle a/S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 87. Telephon Nr. 158.

Montag, 18. Februar 1901.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telephon Nr. 931.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 18. Februar.

* **Im Reichstage** werden sicherem Vernehmen nach in nächster Woche auf einige Tage die Plenarsitzungen ausfallen. Damit soll den Kommissionen, in erster Linie der Budgetkommission, die Möglichkeit gegeben werden, die Berathungen energischer zu fördern.

* Die Kommission des Reichstages für das **Schaumweinsteuergesetz** nahm den § 1 in folgender Fassung an:

Der zum Verbrauch im Inlande bestimmte Schaumwein aus Traubenwein, aus Obst oder Beerenwein, Fruchtwein oder schaumweinähnlichen Getränken unterliegt einer in die Reichskasse fließenden Verbrauchsabgabe, Schaumweinsteuer. Die Verwendung von Kunstwein bei Herstellung von Schaumwein ist untersagt, mit Ausnahme der Verwendung von Alkohol, Bouquetstoffen und geringen Mengen von Säuren. Schaumwein, welcher nachweislich der Verzollung unterlegen hat, bleibt von der Abgabe befreit. Der Reichskanzler kann unter Zustimmung des Bundesraths mit den zuständigen fremden Regierungen wegen Herbeiführung einer den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechenden Besteuerung des Schaumweines in den dem Zollgebiet angeschlossenen Staaten und Gebietstheilen, wegen Ueberweisung der Steuer für den im gegenseitigen Verkehr übergehenden Schaumwein oder wegen Begründung einer Steuergemeinschaft Vereinbarungen treffen.

In der Debatte hatten sich Vertreter der verbündeten Regierungen namentlich gegen die nun angenommene Bestimmung gewendet, daß das Kunstweinverbot bei Schaumweinherstellung erlassen werden solle.

* Das **Reichspostamt** hat angeordnet, daß Karten in Form von Biergläsern zur offenen Versendung nicht geeignet sind und derartige Gegenstände nur unter Umschlag zur Beförderung zugelassen werden sollen. Briefsendungen in dreieckigen Umschlägen sind vom Postverkehr auszuschließen.

---

* Die **Kaiserin Friedrich** ist während des Sonnabend im Schlosse Friedrichshof verblieben, ohne, wie sonst fast an allen Tagen, eine Ausfahrt zu machen. Das Unterbleiben der Spazierfahrten ist indessen auf die rauhe Witterung und nicht auf eine akute Verschlimmerung im Zustande der Kaiserin zurückzuführen. Das Befinden der Kaiserin giebt vielmehr, obwohl es fortgesetzt Schwankungen unterworfen ist, zu unmittelbaren Besorgnissen keinerlei Anlaß. Am Sonnabend Nachmittag sah Schloß Friedrichshof den Kaiser und seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, als Gäste. Während der Kaiser schon nach kurzem Aufenthalt zu Schlitten wieder nach Homburg zurückkehrte, verblieb Prinz Heinrich bei seiner Mutter. Montag früh kehrt er nach Kiel zurück. Am gestrigen Sonntag hat sich der Kaiser nicht nach Schloß Friedrichshof begeben. Der König von Griechenland kam Nachmittags auf der Durchreise auf dem Homburger Bahnhof an und wurde von dem Prinzen Heinrich und der Kronprinzessin von Griechenland empfangen. Die hohen Herrschaften begaben sich im Schlitten nach Schloß Friedrichshof, von wo der König nach einstündigem Aufenthalt sich nach Homburg zum Besuch bei dem Kaiser und der Kaiserin begab. Von Homburg wird der König über Frankfurt am Main seine Reise nach Kopenhagen fortsetzen.

* **Die Reise des Generals v. Werder.** Zu der von uns schon richtig gestellten Nachricht über die Reise des General-Adjutanten v. Werder bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.", die Meldung, General v. Werder begebe sich zur Beseitigung von Mißverständnissen nach Petersburg, entbehre jeder Begründung. Solche Mißverständnisse beständen nicht. Faktum bleibt indeß, daß Herr v. Werder reist, und zwar auf eine Petersburger Einladung hin. Das genügt. Daß ihm ein untersiegeltes Diplom über seine dort auszuführende Aufgabe mitgegeben würde, wird wohl Niemand erwarten.

* **Dem Minister von Miquel** wird wieder einmal die berühmte Amtsmüdigkeit angedichtet. Herr v. Lucanus ist ja schon so lange nicht „umgegangen", daß es nicht zu verwundern ist, wenn das „Berl. Tgbl." ungeduldig wird und mit vieldeutiger Kassandramiene aus der angeblich zuverlässigen Meldung, Herr v. Miquel habe sich für den 1. Mai ds. Js. eine Wohnung in Frankfurt a. Main gemiethet, allerlei Parallelen zieht. Als nämlich der Landwirthschaftsminister Friedenthal sich während seiner Ministerialzeit ein Haus in der Lennéstraße kaufte und nach dem Grunde gefragt wurde, antwortete er: ein preußischer Minister thut gut daran, immer eine Privatwohnung in Berlin in Bereitschaft zu haben. Das zur Zeit des Fürsten Bismarck. Daß auch für den heutigen Finanzminister, dem wir eine noch recht lange Amtszeit wünschen, dies zutreffen könnte, liegt ja durchaus nicht im Bereich der Unmöglichkeit, denn schließlich kann ja auch Herr von Miquel alt werden.

* **Personalnachrichten.** Der Kontreadmiral von Schuckmann (Hugo) ist von der Stellung des Oberwerftdirektors Wilhelmshaven enthoben und zur Verfügung des Admiralstabs der Marine gestellt. Zu seinem Nachfolger ist, wie aus den amtlichen Ernennungen hervorgeht, der Chef des Stabes des Kreuzergeschwaders, Kapitän z. S. Wodrig, ernannt. — Der Abg. Rickert, dem infolge eines Herzleidens vor einigen Tagen ärztlich absolute Ruhe geboten ist, wird sich, wie die „Liberale Korrespondenz" hört, zur weiteren Erholung nach dem Süden begeben. — Beim Staatssekretär des Reichsmarine-Amts, von Tirpitz, fand am Sonnabend eine parlamentarische Tafel statt, zu der, der „Kr.-Ztg." zufolge, unter Anderen geladen waren: die Admirale Büchsel, Diederichsen, Geheimer Admiralitätsrath Perels, die Abgeordneten v. Levetzow, Graf v. Roon, Schmidt-Elberfeld, v. Siemens, Fritzen-Düsseldorf, Graf Stolberg, Möller, Dr. von Frege, Graf Schwerin, Dr. Paasche. — Der Oberhofmeister Freiherr von Mirbach ist wegen des Todes seiner Schwiegermutter, Frau Orban, nach Brüssel beurlaubt.

---

* **Die freisinnigen Angriffe auf den Minister des Innern** sind von dem letzteren bekanntlich glänzend abgeschlagen und als total haltlos nachgewiesen worden. Da aber jene Niederlagen seitens der freisinnigen Presse nach deren berüchtigter Methode nicht anerkannt werden, hält es die ministerielle „Berl. Corresp." für erforderlich, diejenigen prinzipiellen Gesichtspunkte kurz zusammenzufassen, von denen der Minister bei der Zurückweisung der gegen ihn gerichteten Kritik ausgegangen ist und schreibt:

„Der Forderung, daß der Minister die im Reichstage erfolgten Angriffe gegen Theile seines Ressorts auch im Reichstage zurückweisen solle, konnte seinerseits nicht entsprochen werden. Denn es würde zu einer vollständigen Verschiebung der verfassungsmäßig geordneten Zuständigkeiten im Reiche und in den Einzelstaaten führen, wenn die Minister über ihre Verwaltung, deren Rechtfertigung ihnen vor dem Forum des Landtags obliegt, im Reichstage Rechenschaft ablegen wollten. Die Erörterung im Reichstage beschränkte sich im vorliegenden Falle keineswegs darauf, ob die Frage der Theatercensur Reichssache sei, was in Uebereinstimmung mit den die Mehrheit im Reichstage repräsentirenden Parteien aus Gründen des Verfassungsrechts entschieden in Abrede zu stellen ist, vielmehr erstreckte sich diese Erörterung auf einzelne Verwaltungsmaßregeln im Ressort des preußischen Ministeriums des Innern. Das Verlegen einer derartigen bis in die Einzelheiten der preußischen Verwaltung hineinreichenden Diskussion vom Landtage in den Reichstag würde einer Beeinträchtigung der Rechte Preußens gleichkommen.

Was die Ausübung des Bestätigungsrechts von Kommunalbeamten anlangt, so darf auch an dieser Stelle daran erinnert werden, daß der Minister zu einer detaillirten Rechtfertigung und Begründung jedes einzelnen Falles, in welchem von dem staatlichen Hoheitsrechte der Nichtbestätigung Gebrauch gemacht worden ist, dem Landtage gegenüber nicht verpflichtet ist, weil sonst das Bestätigungsrecht in eine Bestätigungspflicht umgewandelt oder doch dieses Recht der Krone und der staatlichen Exekutive verdunkelt werden würde. Ein Eingehen auf einzelne Fälle ist daher auch nur deshalb erfolgt, um die immer wiederkehrende Behauptung, daß den Angehörigen verschiedener politischer Parteien gegenüber mit zweierlei Maß gemessen worden sei, zu widerlegen. Und kann diese Behauptung angesichts der Thatsache aufrechterhalten werden, daß von 109 Fällen, in denen eine landesherrliche Bestätigung nachzusuchen war und unter denen es sich um eine erhebliche Zahl freisinniger Bewerber handelte, die Bestätigung nur in zwei Fällen versagt worden ist? Ueberdies gehörte von den zwei nichtbestätigten Kandidaten nur einer der freisinnigen Parteirichtung an. Keine Dialektik kann diesen gegen die Behauptung parteilichen Verhaltens der die Bestätigung ausübenden Stelle sprechenden Sachverhalt aus der Welt schaffen.

In einem unüberbrückbaren Gegensatze befinden sich die freisinnigen Parteien bezüglich der Qualifikation sozialdemokratischer oder die Sozialdemokratie begünstigender Bewerber um kommunale Aemter nicht nur zu der preußischen Staatsregierung, sondern auch zu der höchsten verwaltungsgerichtlichen Instanz im Lande. Denn das Oberverwaltungsgericht hat es wiederholt in unzweideutiger Weise ausgesprochen, daß die Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen mit den Pflichten eines Kommunal-Beamten als eines mittelbaren Staatsbeamten unvereinbar ist. Die Regierung wird es, ihrer Pflicht zur Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen voll bewußt, auch in Zukunft mit Bestimmtheit ablehnen, Elementen, welche diese Bestrebungen unterstützen, den Zugang zu kommunalen Aemtern durch Gewährung der Bestätigung zu ermöglichen."

Weiter wird in den „Berl. Polit. Nachr." dem Vorwurf entgegengetreten, daß das Ministerium des Innern gesetzgeberisch unfruchtbar gewesen sei. Frhr. v. Rheinbaben habe schon im ersten Jahre nach seinem Amtsantritte das Fürsorge-Erziehungsgesetz und die Reform des Gemeindewahlrechts ein- und zur Verabschiedung gebracht; für die laufende Tagung stehen die Vorlagen über die Errichtung eines Oberpräsidiums Berlin und die Neuordnung der Provinzialdotationen in Aussicht, abgesehen von der schwierigen Aufgabe der Neuregelung der Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst, welche der Minister in Angriff genommen hat.

Andererseits werden dem Minister von freisinniger Seite weitere Vorwürfe gemacht, daß er in Sachen der Nichtbestätigung namentlich betreffs des Falles des Stadtverordneten Ehlers in Bunzlau, unrichtige Angaben weitergegeben habe. Nach dem Bericht des „Staatsanz." erklärte der Minister, daß Ehlers in vier Jahren zwanzigmal excussus und viermal gepfändet worden sei, außerdem auch noch sechzehn Zwangsvollstreckungen gegen ihn in Aussicht standen. Diese Angaben sind folgenden Tages von dem Abg. Richter auf Grund telegraphischer Nachrichten aus Bunzlau richtig gestellt worden. Hierauf allein kann man natürlich nicht das Mindeste geben und wird weitere Aufklärung abwarten müssen. Nach dem „Berl. Tgbl." hat sich Herr Ehlers sofort nach Berlin begeben, „um den Minister zur Rechenschaft zu ziehen." Eine fürwahr sehr kindliche Ausdrucksweise des freisinnigen Blattes.

* Bei der **Landtagswahl** im 7. Wahlbezirke des Regierungsbezirks Potsdam wurde nach amtlicher Feststellung v. Loebell (kons.) mit den abgegebenen 386 Stimmen gewählt.

* Der Dürener Kreistag hat die Aufnahme eines Anlehens von 300000 Mk. zur Förderung der Errichtung von **Arbeiterwohnungen** beschlossen.

---

* Die Meldung von einem **deutsch-englischen Konflikt in Kapstadt** bewahrheitet sich erfreulicher Weise nicht. Nach einer amtlichen Aeußerung des Kaiserlichen Generalkonsuls daselbst, v. Lindequist, ist die Erzählung der „Deutschen Wochenzeitung in den Niederlanden" über den angeblichen Konflikt des Herrn v. Lindequist mit dem Gouverneur Sir Alfred Milner völlig erfunden.

* **Aus Kiautschau.** Nach einer der Direktion der Schantung-Eisenbahngesellschaft drahtlich zugegangenen Mittheilung aus Tsingtau ist die Gleisverbindung zwischen Tsingtau und Kiautschau am 9. d. M. vollendet worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 16. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Rheinbaben.

Die zweite Lesung des Etats des Innern wird beim Titel „Ministergehalt" fortgesetzt.

Abg. Dr. **Kelch** (frkf.) weist den Vorwurf Richters zurück, daß im Ministerium des Innern seit 25 Jahren nichts Hervorragendes geleistet sei. Der Name des Ministers werde schon unvergessen bleiben, weil er das Fürsorgegesetz durchgebracht habe. Redner bittet schließlich um gesetzliche Bestimmungen gegen das zu schnelle Fahren der Automobilwagen.

Abg. **Schwarze** (Ctr.) wünscht eine Theilung des Regierungsbezirks Arnsberg.

Abg. **Kindler** (frs. Vp.) klagt über die unzureichende Vertretung der Posener Stadtgemeinden auf den Kreistagen.

Minister **v. Rheinbaben** bemerkt, er werde die Angelegenheit im Auge behalten. Ein Gesetzentwurf sei freilich in dieser Session nicht mehr zu erwarten.

Abg. **Trimborn** (Ctr.) bemängelt die Verordnung, daß die Namen der Städte „Köln" und „Krefeld" künftig mit „C" statt mit „K" geschrieben werden sollen. Mit unerbittlicher Logik, der auch das Ministerium sich nicht entziehen kann, kommt man dazu, aus dem „Kölner" einen „Zölner" zu machen! Sehen Sie nun, meine Herren vom Ministerium, was Sie angerichtet haben? (Große Heiterkeit!) Wollen Sie aber die Meinung der Bevölkerung kennen lernen, so kommen Sie nach Köln, kommen Sie aber bald, denn am Montag ist Karneval! (Große Heiterkeit!)

Minister **v. Rheinbaben** schließt sich dem Danke des Hauses gegen den Vorredner für die bereitete Heiterkeit an. Aber historisch sei es richtig, Köln mit „C" zu schreiben; daß der Name von „Colonia" herstammt, sei nicht zu bestreiten, und bis 1870 wurde der Name allgemein „Cöln" geschrieben; also Herr Trimborn wäre dann nach seiner Meinung als „Zölner" geboren. Uebrigens darum keine Feindschaft. Ich rufe mit ihm: „Alaf Cöln!"

Abg. Dr. **Arendt** (fk.) erkundigt sich nach der Handhabung des Reichsgesetzes über die Gewährung eines Ehrensoldes an Krieger, die keine Invalidenrente beziehen. Gerade auf diesem Gebiete dürfe man nicht engherzig vorgehen.

Minister **v. Rheinbaben**: Der Regierung liegt es ferne, die Bestimmungen des Gesetzes zu verschärfen. Gerade den Veteranen gegenüber wolle die Regierung größtes Wohlwollen zeigen. (Beifall.)

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen und der Titel bewilligt.

In der Spezialdiskussion weist beim Kapitel „Ober-Verwaltungsgericht"

Abg. Dr. **Krause** (nl.) darauf hin, daß das Verwaltungsgericht jetzt auf eine 25jährige Thätigkeit zurückblicken könne und die Hoffnungen und Erwartungen bisher alle erfüllt habe.

Abg. **v. Eynern** (nl.) bringt einige verschiedenartige Entscheidungen des Reichsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts zur Sprache und folgert daraus, daß sich durch so widersprechende Entscheidungen das Vertrauen zum Oberverwaltungsgerichte nicht stärken könne.

Beim Kapitel Standesämter bittet

Abg. **Werner** (dtschsoz. Rfpt.) um erhöhte Remunerirung der Standesbeamten.

Beim Kapitel Landräthliche Aemter und Behörden beklagt sich Abg. **Kopsch** (frs. Vp.) über eine angebliche verschiedenartige Behandlung der großen und kleinen Grundbesitzer durch den Landrath des Kreises Sprottau.

Ein Regierungskommissar weist diese Klagen als unbegründet zurück.

Abg. Dr. **Heisig** (Ctr.) regt die Theilung des Regierungsbezirks Oppeln an.

Minister **v. Rheinbaben** bemerkt, daß er eine Theilung des Regierungsbezirks Arnsberg aus sachlichen Gründen für nöthig halte, nicht aber eine Verlegung der Regierung aus Arnsberg nach einem anderen Ort. Ueber die Frage einer Theilung des Regierungs-Bezirks Oppeln seien vorerst noch keine Verhandlungen in Aussicht genommen.

Abg. **Faltin** (Ctr.) verweist auf die Handhabung des Vereinsrechts in Oberschlesien, die mannigfachen Anlaß zu Klagen gebe. Durch die jetzige Praxis der Regierung werde nur der Sozialdemokratie Vorschub geleistet.

Abg. **Szmula** (Ctr.) schließt sich diesen Ausführungen an. Man solle den Polen in Oberschlesien die Erlernung der deutschen Sprache mehr als bisher ermöglichen.

Der Minister tritt diesen Anschauungen scharf entgegen. Die Erlernung der deutschen Sprache durch die Polen habe mit den heutigen Verhandlungen nichts zu thun. Unleugbar sei, daß von Polen aus nach Oberschlesien eine nationalpolnische Agitation künstlich getragen werde. Diese Bestrebungen müsse die Regierung energisch zurückweisen.

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.) stimmt dem Minister zu und macht dem Abg. Kopsch zum Vorwurf, daß er auf Grund einzelner unkontrolirbarer Vorkommnisse das Ansehen hochgeachteter Beamten herabzusetzen suche.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Etat des Innern, Berg- und Salinen-Verwaltung.)

Der Präsident theilt zum Schluß mit, daß er die Absicht habe am Montag eine Abendsitzung in Vorschlag zu bringen.

Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 16. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Podbielski.

Die Berathung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung wird bei schwach besetztem Hause fortgesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190102182-14/fragment/page=0001

Abg. **Graf Oriola** (nl.) drückt seine Befriedigung über die gestrigen Erklärungen des Staatssekretärs zur Polenfrage aus. Der Abg. Bassermann habe ganz in Uebereinstimmung mit dem Staatssekretär die planmäßige Anwendung polnischer Adressen getadelt. Und mit Recht, denn die Anforderungen der Polen an die deutsche Postverwaltung gingen thatsächlich über die Maßen weit. Am Ende sollten gar alle deutschen Postbeamten polnisch lernen! Jedes weitere Entgegenkommen der Postverwaltung gegenüber den Polen würde nicht Beruhigung schaffen, sondern die polnische Agitation nur noch steigern.

Fürst **Radziwill** (Pole) bemerkt, daß nicht seine Partei gestern die polnischen Briefadressen von Neuem zur Sprache gebracht habe. Ueber die neueren Maßnahmen der Postverwaltung, die Uebersetzungsbureaus, könne seine Partei nicht klagen, denn es werde ja dadurch anerkannt, daß polnische Adressen nicht zu verbieten seien. Denn praktisch liege die Sache so, daß die Sekretäre sich keine Mühe gäben, Adressen mit etwaiger kleiner Unklarheit zu entziffern. Vielmehr gehe der Brief ohne Weiteres an das Uebersetzungsbureau. Dieses diene gleichsam als Quarantäne gegen die Pest der polnischen Sprache; auf solche Weise werde die Bestellung solcher Briefe verschleppt.

Abg. Dr. **Oertel**-Sachsen (kons., B. d. L.) bestreitet, daß die Abwehr der polnischen Bestrebungen von Haß geleitet sei. Jedenfalls weise die plötzliche Zunahme polnischer Adressen deutlich auf das Vorhandensein einer polnisch-nationalen Agitation hin. Mit Singer stimme er in der Empfindung überein, daß diese ganze Angelegenheit weit über ihren Werth aufgebauscht sei und das Haus über Gebühr aufhalte. Gewiß aber darf jeder adressiren, in welcher Sprache er will, er darf nur nicht verlangen, daß die Post um deswillen besondere der betr. Sprache kundige Beamte anstellen soll. Mit demselben Recht könnten sonst diejenigen unserer Mitbürger, für welche das Hebräisch die Volkssprache ist (Heiterkeit), fordern, daß hebräisch sprechende Postbeamte angestellt werden. (Heiterkeit.) Wenn Fürst Radziwill den Humor beklagte, mit dem der Staatssekretär gestern über seine Maßnahmen sprach, so habe ich darin keinen beabsichtigten Humor gefunden. (Heiterkeit.) Der Humor lag vielmehr in der Sache, der Verzögerung durch die Uebersetzungsbureaus. Den Biererlaß, der die Bierflaschen aus den Bureaus verbanne, könne er im Gegensatz zu Singer nur billigen. Man solle sich an dem „Ergänzungsporto" genügen lassen, wie dies bei unzulänglich frankirten Geldsendungen geschehe! Dank müsse er dem Staatssekretär dafür aussprechen, daß es mit dem Postverkehr auf dem platten Lande unter dem gegenwärtigen Staatssekretär viel besser geworden sei.

Abg. **Glebocki** (Pole) kommt auf die Polenfrage zurück, ein planmäßiges agitatorisches Vorgehen der Polen in der Adressenfrage als reine Legende bezeichnend.

Staatssekretär **v. Podbielski** weist die Angaben des Vorredners sowie polnischer Zeitungen namentlich in Bezug auf einen bestimmten Fall zurück. Dabei stellt der Staatssekretär u. A. fest, es seien Leute, darunter Bankdirektoren, zu ihm gekommen und hätten ihm gesagt: wir würden gern ihren Wünschen nachkommen, und nur deutsch adressiren, aber die Adressaten haben erklärt, sie brechen dann alle Verbindung mit uns ab! Da sehen Sie doch den Zwang, der auf die Leute geübt wird, polnisch zu adressiren! Das können wir uns nicht gefallen lassen. Sie sind es, die das Glas Wasser zum Ueberlaufen gebracht haben. Wenn die Uebersetzungsbureaus nicht genügen, werden wir alle Briefe mit polnischen Adressen für unbestellbar betrachten müssen.

Abg. **Stöcker** (kons.) erblickt in der Mittheilung des Staatssekretärs über die Erklärung der Bankdirektoren den klarsten Beweis dafür, daß es sich um ein planmäßiges Vorgehen der Polen handelt. Weiter berührt er die Orthographie im Postverkehr und die Sonntagsruhe.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Eine völlige Sonntagsruhe für alle Beamten durchzuführen, ist nicht möglich. Schon in entlegenen Orten auf dem Lande beschwert man sich darüber, daß man an Sonntagen keine Postsachen erhält, führte ich die Sonntagsruhe allgemein durch, so würde sich sicher ein Sturm der Entrüstung erheben. Der Staatssekretär bemerkt weiter, die Frage der höheren Beamten im Postdienst werde er nach Kräften fördern, aber es seien da viele intricate Detailfragen mit zu lösen, zumal da mit den anderen Ressortverwaltungen Hand in Hand zu gehen sei.

Abg. **v. Tiedemann** (Reichsp.) kommt auf die Polenfrage zurück. Das Anschwellen der polnischen Adressen sei eine wohlvorbereitete, geschickt in Scene gesetzte Sache. Im Deutschen Reiche gelte die deutsche Sprache, das werde von den Polen immer vergessen. Es handle sich hier um einen muthwilligen, um nicht zu sagen frivolen Verstoß, um eine Herausforderung der Postverwaltung. Er setze voraus, daß der Staatssekretär seine Verheißung wahrmachen, d. h. wenn die Uebersetzungsbureaus nicht genügten, die Beförderung im Inlande aufgegebener Briefe mit polnischen Adressen ganz einstellen werde.

Abg. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) weist den ihm von Singer gemachten Vorwurf zurück, aus manchesterlicher Neigung den Privatposten eine Thräne nachzuweinen. Weiter bezeichnet er es als zu weit gehend, wenn den Unterbeamten das Biertrinken in den Diensträumen ganz untersagt werde.

Abg. **Ledebour** (Soz.) geht auf die Zustände im Nachbarortsverkehr im Osten und Norden Berlins ein, die schlimmer seien als im Westen. Es bleibe nur übrig, sämmtliche Orte der Umgegend, die in ständigem täglichen Verkehr mit Berlin stehen, in den Nachbarortsverkehr von Berlin einzubeziehen.

Nach weiteren mehr persönlichen Auseinandersetzungen wird die Debatte über das Gehalt des Staatssekretärs geschlossen und das Gehalt bewilligt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. **Fortsetzung der Berathung.** Schluß 6 Uhr.

Der Krieg in Südafrika.

Nun hat sich Lord Kitchener in höchst eigener Person an die Verfolgung De Wets gemacht, ein handgreiflicher Beweis dafür, wie sehr das Erscheinen dieses gefürchteten Burenführers die Lage in der Kapkolonie verändert hat. Telegramme melden uns:

London, 16. Februar. Kitchener meldet aus De Aar von heute früh: De Wets Streitkräfte überschritten gestern früh vor Tagesanbruch die Eisenbahn bei Baartmanns Finding nördlich von De Aar. Oberst Plumer folgte dem Feinde auf den Fersen. Die von Oberst Crabbe geführten Panzerzüge suchten den Feind am Ueberschreiten der Eisenbahn zu verhindern, die Buren hatten jedoch die Schienen nördlich und südlich der Uebergangsstelle aufgerissen. Die Engländer erbeuteten über 20 Wagen, zum Theil mit Munition, ein Maximgeschütz und über hundert Pferde. 20 Buren wurden gefangen. Die Engländer verfolgen die Buren.

London, 17. Febr. Das „Reutersche Bureau" meldet aus De Aar: De Wet und Steijn überschritten gestern Vormittag mit zwei- bis dreitausend Mann und zwei Geschützen die Eisenbahn nördlich von Hout Kraal. Die Granaten der Engländer zerstreuten den Feind, welcher seine Geschütze nicht ins Gefecht brachte. Ein gepanzerter Zug eröffnete ein Feuer mit Marinegeschützen. Es gelang den Engländern, den ganzen Convoi De Wets zu nehmen einschließlich hunderttausend Patronen, zahlreichem Schießvorrath und einem Schnellfeuergeschütz. Die Verluste auf englischer Seite betrugen drei Verwundete.

Berlin, 16. Febr. In Ergänzung eines Telegramms aus Houtkraal vom 15. d. Mts. meldet das „Berl. Tgbl." aus London, daß De Wet, bevor er den Oranjefluß überschritt, die Burghers benachrichtigte, daß Hertzog bei Paarl mit 4000 Mann stehe.

London, 17. Februar. Das „Reutersche Bureau" meldet vom gestrigen Tage aus De Aar: Die Brigade Bruce-Hamilton ist nach einer Reihe von Gewaltmärschen aus Kroonstad hier eingetroffen. Wie dasselbe Bureau aus Carnavon berichtet, ist die Kolonne des Obersten Delisle aus dem Westen dort angelangt.

Also die britischen Truppen sind auf der Verfolgung der Buren begriffen! Sie scheinen sich jedoch darauf noch immer nicht recht zu verstehen, trotzdem sie doch nun schon viele Monate hinter De Wet her sind. Erst ließen sie ihn aus dem Freistaat entwischen, wo sie ihn schon unzählige Male „thatsächlich umzingelt" hatten, und nun gelingt es ihnen nicht einmal, trotzdem verschiedene Panzerzüge sich der Verfolgung anschließen, ihn am Ueberschreiten und Zerstören der Bahnlinie De Aar-Kimberley zu hindern! Damit hat De Wet aber denjenigen Theil der Kapkolonie erreicht, der sich der Sache seiner Landsleute bisher am geneigtesten erwiesen hat. Er kann also hier auf thatkräftige Unterstützung der Kapholländer mit Sicherheit rechnen. Ob freilich größere Operationen von ihm schon in nächster Zeit erwartet werden können, läßt sich vorerst noch nicht beurtheilen.

Im Süden der Kapkolonie sind die Buren gleichfalls äußerst rührig. So wird aus Cradock gemeldet:

Eine Abtheilung von 50 Buren hat gestern 10 Meilen von hier einen Transport von 70 Pferden weggenommen, welche für die englischen Truppen bestimmt waren. Ferner meldet man aus Port Elizabeth: Einem Privatbriefe zufolge haben die Buren viermal Bahnzüge bei Edinburgh in die Luft gesprengt. Beim letzten Mal verloren sie durch Schüsse, welche aus einem englischen Panzerzuge abgegeben wurden, zwölf Todte und Verwundete. Nach einem weiteren Telegramm (das sich anscheinend auf dieselben Vorgänge bezieht) haben die Buren bei Edinburgh die Eisenbahn an vier verschiedenen Stellen zerstört.

In Südost-Transvaal hat General Smith Dorrien Amsterdam besetzt. Amsterdam liegt an der Grenze des Swazilandes und war in der vorigen Woche das Hauptquartier Bothas. Da von einem der Besetzung Amsterdams vorausgegangenen Gefechte nichts gemeldet wird, so kann man mit Sicherheit darauf schließen, daß Botha mit seiner Hauptmacht den Marsch nach Süden, d. h. nach Natal, fortgesetzt hat.

Aus Standerton meldet man dem „Reuter'schen Bureau":

Die Buren sprengten zwischen den Stationen Vaal und Greylingstad einen Arbeitszug in die Luft. Der dem Arbeitszug folgende gepanzerte Zug eröffnete das Feuer; zwei Buren wurden getödtet.

*

Die Eingeborenen in Kapstadt stellen infolge des Auftretens der Pest die Arbeit ein. Eine Abordnung begab sich im Namen von 5000 Eingeborenen zu der zuständigen Behörde und machte ihr die Mittheilung, daß die Eingeborenen wegen der Pest nicht mehr arbeiten wollen und nach ihrer Heimath zurückzukehren wünschen. Die Behörde hat ihnen die Erlaubniß nicht ertheilt. Die Arbeiten in den Docks ruhen. Ein weiteres Telegramm meldet dazu noch:

Kapstadt, 16. Febr. Aus Angst vor der Pest und infolge der übertriebenen Gerüchte haben über 1000 eingeborene Dockarbeiter ihre Werkstätten verlassen; man glaubt indessen, daß sie, wenn ihnen die thatsächliche Lage der Dinge auseinandergesetzt wird, zu ihrer Arbeit zurückkehren werden. Die Schiffe, welche ihre Ladung löschen sollen, sind für den Augenblick in großer Verlegenheit. Heute wurden keine neuen Erkrankungsfälle gemeldet.

*

Aus Brüssel, 17. Februar, wird gemeldet: Als gestern Abend der Gesandte der südafrikanischen Republik, Dr. Leyds, von den Vermählungsfeierlichkeiten im Haag in seine hiesige Wohnung zurückkehrte und sein Gepäck einen Augenblick im Vestibül unbeaufsichtigt war, stahlen Diebe ein politische Dokumente enthaltendes Gepäckstück. Die Uebelthäter waren, wie sofort festgestellt wurde, mittels Nachschlüssel in das Haus eingedrungen. Die Polizei wurde unverzüglich von dem Vorkommniß in Kenntniß gesetzt.

China.

Meldungen aus Peking zufolge, die wir kurz schon erwähnt haben, trifft die deutsche Intendantur Vorbereitungen für eine umfangreiche Expedition deutscher Truppen. Ueber den Zweck und das Ziel dieser neuen Expedition läßt sich von Deutschland aus nichts sagen, doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß den Chinesen durch die lange Dauer der Friedensverhandlungen in Peking wieder derart der Kamm geschwollen ist, daß sie durch ihr Verhalten eine solche Maßnahme des Oberkommandos herausgefordert haben. Jedenfalls wird die Ausführung dieser Expedition nichts schaden, sondern im Gegentheil den Chinesen zeigen, daß die Verbündeten nicht gewillt sind, sich von ihnen an der Nase umherführen zu lassen.

Ein aus Peking in New-York eingetroffenes Telegramm besagt: Die chinesischen Bevollmächtigten theilten dem Hofe mit, daß der letzte Beschluß der Gesandten unwiderruflich sei, indeß könne die Vollstreckung des Urtheils über Tungfuhsiang verschoben werden. Graf Waldersee läßt formell die Meldungen dementiren, daß die deutschen Truppen China verlassen. Er erklärt, er könne nicht einen Soldaten fortsenden, ohne aus Berlin den Befehl dazu erhalten zu haben. Ein derartiger Befehl sei aber nicht eingetroffen.

Graf Waldersee meldet aus Peking vom 15. d. Mts.:

Nach einem heute unterzeichneten Abkommen wird die Bahn Schanhaikwan-Peking in der Zeit vom 21. bis 28. Februar den Engländern übergeben werden.

Die „Central News" melden aus Hongkong von gestern:

In Gegenwart des englischen, deutschen und holländischen Konsuls wurden in Sampungku, in der Nähe des Hauptplatzes ihrer Verbrechen, gestern zwei Piraten enthauptet, die am jüngsten Ueberfall der deutschen Schutzbefohlenen betheiligt waren.

Ausland.

Frankreich.

Das Verhältniß zu Rußland.

Nach einer Meldung aus Paris begiebt sich der französische Generalstabschef demnächst nach Petersburg. Man mißt in politischen Kreisen dieser Reise eine hochwichtige Bedeutung bei.

Italien.

Flottenbesuch in Frankreich.

Die italienische Regierung theilte dem Auswärtigen Amte zu Paris mit, daß zum Flottenbesuch 10 Schlachtschiffe, 3 Panzerkreuzer, eine Abtheilung Torpedojäger und zwei Abtheilungen Torpedoboote verwendet werden sollen.

Bulgarien.

Rücktritt des bulgarischen Kabinets. — Die Krankheit des Erbprinzen.

Der Ausfall der Sobranje-Wahlen in Bulgarien hat nicht, wie zuerst angekündigt wurde, die sofortige Auflösung der neu gebildeten Volksvertretung, sondern den Rücktritt des Ministeriums Petrow zur Folge gehabt. Dieses hat, wie aus Sofia telegraphirt wird, seine Entlassung gegeben unter dem Vorwande, daß es seine Mission mit der Durchführung der Wahlen als beendet betrachte. In Wahrheit hat natürlich die Unmöglichkeit, mit der neuen Sobranje zu regieren, das Kabinet zu Fall gebracht, da nicht anzunehmen war, daß ein abermaliger Appell an die Wähler ein der Regierung günstigeres Resultat ergeben hätte. — Zu diesen politischen Sorgen gesellt sich für den Fürsten Ferdinand noch die Angst um das Leben eines ältesten, jetzt siebenjährigen Sohnes, des Erbprinzen Boris, in dessen Befinden, wie mitgetheilt, am Sonnabend seine Verschlimmerung eingetreten ist. Aus der Bronchitis des Erbprinzen Boris beginnt sich nämlich eine Lungenentzündung zu entwickeln. Der Fürst hat deshalb Petrow ersucht, die Geschäfte solange weiter zu führen, bis eine Besserung im Befinden des Erbprinzen ihm die nöthige Ruhe gewährt, um an die Parteiführer wegen der Neubildung des Kabinets heranzutreten.

Serbien.

Die Beisetzung Milans.

Zum Empfange der Leiche des Königs Milan, welche am Sonnabend mit Sonderzug in Karlowitz eintraf, war auf dem Bahnhofe eine Ehrenkompagnie aufgestellt, welche die militärischen Ehren erwies, während die Musik die serbische Königshymne spielte. Vom Bahnhofe wurde die Leiche auf einem sechsspännigen Gala-Leichenwagen nach der Metropolitankirche überführt, wo die Einsegnung durch den Patriarchen unter Assistenz einer großen Anzahl von Geistlichen und unter dem Geläut aller Glocken stattfand. Nachmittags 1 Uhr fand die Ueberführung der Leiche nach dem Kloster Kruschedol statt, wo die Beisetzung erfolgte.

Spanien.

Die Krise.

Wir berichteten bereits über die Demission der spanischen Minister Garcia und Sanchez Toca. Die Krise scheint aber weiter um sich zu greifen und den Bestand des ganzen Kabinets in Frage zu stellen. Inzwischen versehen die gegenwärtigen Herren der Situation, Azcarraga und Weyler, die Journalisten mit Verhaltungsmaßregeln. Nachträglich wird noch bekannt, daß der Bourbonenhaß einen viel größeren Antheil an dem Aufwallen der Volksleidenschaft gehabt hat, als zunächst bekannt geworden. Nachstehendes Telegramm giebt Aufschluß über die Lage:

Madrid, 16. Februar. Ministerpräsident Azcarraga ist entschlossen, von der Leitung der Geschäfte zurückzutreten. Ende nächster Woche, wenn inzwischen keine neuen Ruhestörungen erfolgen, sollen die konstitutionellen Garantien wieder in Kraft treten und dann die Demission des Kabinets gegeben werden. Die Lösung der Krisis ist schwer vorauszusagen. Man glaubt, angesichts der heiklen Lage werde die Königin sämmtliche politischen Parteiführer zu Rathe ziehen.

Die Madrider Blätter veröffentlichen die voraussichtliche Ministerliste, nach welcher Silvela Präsidium und interimistisch das Marine-Portefeuille übernehmen würde. Man nimmt an, daß in einem für Mittwoch angesetzten Ministerrath das Kabinet beschließen wird, seine Entlassung zu geben.

Die Stadt Madrid war gestern ruhig, in den Provinzen, namentlich in Sevilla und Valencia, werden indessen die Vorsichtsmaßregeln noch aufrecht erhalten.

Das Urtheil in der Angelegenheit des von den Jesuiten zum Eintritt in ein Kloster veranlaßten jungen Mädchens Namens Ubao ist vom „Hohen Gerichtshof" noch nicht veröffentlicht worden. Gerüchtweise verlautet mit Bestimmtheit, daß die Mehrzahl der Richter dafür seien, daß die Ubao ihrer Familie wiedergegeben werde. — In Madrid befinden sich sämmtliche Kutscher von Luxusfuhrwerken im Ausstande. Der Präsident des Kutscherverbandes ist wegen Zuwiderhandelns gegen die Proklamation Weylers verhaftet worden. — Der Erzbischof von Saragossa ist gestorben.

Rußland.

Der Zuckerkrieg mit Nordamerika.

Rußland geht wegen des Zuckerstreites mit Amerika mit Vergeltungsmaßregeln vor. Ein Telegramm aus Petersburg berichtet: Der Finanzminister theilte dem dirigirenden Senat eine Verordnung mit bezüglich der Anwendung eines erhöhten Tarifs für einige Provenienzen aus den Vereinigten Staaten, die er auf Grundlage des ersten Zusatzes zum Artikel 628 des Zollstatuts und kraft des ihm zustehenden Rechts im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußeren erlassen hat. Alle diese Maßregeln haben vierzehn Tage nach der Verkündigung derselben in Kraft zu treten.

Aus Washington meldet das Reuter-Bureau: Man glaubt, daß eine schwere Krise in den Handelsbeziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten ausgebrochen ist. Das russische Dekret werde den Erfolg haben, daß die Zölle für amerikanische Maschinen und metallurgische Produkte um 50 Prozent erhöht werden. Man fürchtet, daß eine solche Erhöhung die Ausfuhr dieser Produkte nach Rußland verhindern werde, die sich im Jahre 1900 auf 30 Millionen Dollars belaufen habe.

Telegramme.

Kolesberg, 17. Februar. (Reuter-Meldung.) General Knox überschritt den Oranjefluß. — Die Kolonne Plumers und der größere Theil der Buren befinden sich soweit in westlicher Richtung, daß sie keine Fühlung mehr mit Kolesberg haben. Wie es heißt, sind in dem Gefecht am 15. ds. Mts. auf Seite der Buren 65 Mann gefallen oder verwundet worden. (?)

Kapstadt, 17. Febr. Hier ist heute ein Todesfall an der Pest vorgekommen, außerdem sind noch zwei Pest-Erkrankungen gemeldet.

Madrid, 18. Febr. Der Rücktritt des Kabinets wird voraussichtlich am Freitag erfolgen. Alle Personen, welche in den letzten Tagen verhaftet wurden, sind wieder freigelassen wurden.

Der Meineidsprozeß Lewy in Konitz.

Der Andrang am Sonnabend war geradezu lebensgefährlich. Die Aufregung ist eine ungeheuere und spottet jeder Beschreibung. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Schwedowitz beantragt der Vertheidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld zunächst die Vernehmung des Detektivs Gustav Schiller. Vertheidiger: Schiller ist gestern von Zeugen der Beeinflussung bezichtigt worden. Auf Befragen hat derselbe aber die Darstellung der Zeugin Pelenat für unrichtig erklärt. Zeuge Schiller, hierauf hereingerufen, erklärt: Ich bin seit April in Konitz wirksam gewesen. Präsident: In wessen Auftrage handelten Sie? Zeuge: Muß ich das angeben? Präsident: Ja. Zeuge: Ich bin Beauftragter eines bevollmächtigten Verbandes zur Abwehr des Antisemitismus. Präs.: Wie ist der Name? Zeuge: „Bambus". Präsident: Ist das ein Verband jüdischer Staatsangehöriger? Schiller: Jawohl. Ich kannte den Dr. Leipziger vom „Kleinen Journal". Er glaubte Anhaltspunkte zu haben, die zur Ermittelung des Thäters führen konnten. Präsident: Woher wußten Sie, daß Fräulein Käthe Pelenat vernommen war? Zeuge: Wenn in Konitz ein Zeuge vernommen wird, so weiß es gleich die ganze Stadt. Präs.: Was sagten Sie zu Frl. Pelenat? Schiller: Ich traf das Fräulein auf der Treppe und sagte: Ei ei, Fräulein, Sie sind auch vernommen worden? Weiteres setzte ich nicht hinzu. Präs.: Zu welchem Zweck richteten Sie die Frage an die Zeugin? Schiller: Ich habe einen parteilosen Standpunkt eingenommen. Präs.: Sagte Ihnen nicht Ihr Taktgefühl, daß Sie diese Aeußerung lieber unterlassen mußten, da Sie als Beauftragter eines jüdischen Verbandes handelten? Der Zeuge bleibt hierauf die Antwort schuldig.

Nach einigen weiteren unerheblichen Zeugenaussagen wird die Beweisaufnahme geschlossen und ergreift sodann das Wort der Erste Staatsanwalt Dr. Schweigger zu seinem Plaidoyer. Er begann mit der Versicherung, daß er Alles, was in seinen Kräften stehe, versuchen werde, um das begangene Verbrechen aufzuklären. Es sei ein tiefernster Hintergrund, auf dem sich dieses Drama abspiele, aber so düster dieser Hintergrund auch sei, so stehe hier doch nur die Frage zur Beurtheilung, ob der Angeklagte einen Meineid geschworen habe. Ich habe, so

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190102182-14/fragment/page=0002

fuhr der Erste Staatsanwalt dann fort, zur Zeit keine Beweise zur Hand, daß dieser Angeklagte an der Mordthat betheiligt gewesen ist. Aber er hatte andere Motive: die Furcht; und diese veranlaßte ihn, die Unwahrheit zu sagen. Die zweite Frage ist: Was hat der Angeklagte ausgesagt? Zuerst sagte er: ich kenne Winter nicht. Als aber Zeugen über Zeugen das Gegentheil bekundeten, da sagte er: ich kann mich nicht daran erinnern. Als dann noch weitere Zeugen gegen ihn auftraten, wich er noch weiter zurück und sagte, das sei möglich, daß er mit dem Winter in Berührung gekommen sei, er könne sich dessen aber nicht erinnern. Hier ist nichts „nicht möglich!" nichts „nicht erinnerlich!" Der Angeklagte wußte genau, daß er Winter gekannt hat. Wenn er etwas Anderes behauptete, so war das eine dreiste Lüge. Die dritte Frage ist schließlich: Können wir den Meineid des Angeklagten Lewy nachweisen? Bei der Erhebung der Anklage fragte ich mich, wie kommt es, daß ein 18jähriger Schüler zu einem 28jährigen Fleischergesellen geht? Ich glaube, das Bindeglied ist jetzt gefunden! Ich sage, das „Bindeglied" war Fräulein Anna Hoffmann. Gewiß ist das Verhältniß Winters zu Anna Hoffmann ganz harmlos gewesen. Lewy verkehrte gleichfalls mit der Anna Hoffmann, Winter war es gelegen, mit Jemand sich über die Geliebte zu unterhalten. Es zog ihn hin nach dem Hause der Geliebten, in dessen Nähe der Angeklagte wohnte. Man hat Leute vorgeführt, welche die Beiden nicht zusammen gesehen haben. Man könnte dreitausend vorführen, die sie nicht gesehen haben! Was beweist das aber? Ich stelle die Frage, was gegen Mikulski vorliegt? Schlichters Zeugniß erhält doppelten Werth angesichts der vergeblichen Versuche Wieneckes, dieses Freundes Wahrheitsliebe zu beeinflussen. Wir haben ja gehört, welche geradezu empörenden Machenschaften hier getrieben sind und in welche Schwierigkeiten die Behörden dadurch geriethen. Ein anderer Freund der „Wahrheit" ist Herr Schiller, welcher sich gemüßigt fühlt, auf der Bildfläche zu erscheinen, weil ihm die Aussage des Fräulein Pelenat doch etwas unbequem gewesen ist. Die dritte Persönlichkeit dieser Art ist der Kaufmann Stephan, welcher nach einem Doppelgänger Winters suchte und den Namen Krachts mißbrauchte. Der vierte Wahrheitsfreund ist Herr Rauch. Ich erinnere an die klägliche Geschichte mit der Photographie Krolls, welchem Rauch dreißig Mark anbot, damit man zwei Doppelgänger Winters vorführen konnte, Hartstock in Lebensgröße, Kroll im Bilde. Die Lebensgröße Krolls wurde verheimlicht. Das Spiel ist denn doch gar zu durchsichtig. Hartstock hat die Figur Winters, Kroll dagegen nicht. Deshalb wurde mir Kroll nur im Bilde vorgeführt. Diese Machenschaften nagele ich hier ausdrücklich fest. Ich führe auch noch einen weiteren Wahrheitsfreund an, das ist der Herr Zimmer. Herr Zimmer ist ein Mann mit zwei Seelen, deren jeder eine seiner Hände dient. Mit der rechten Hand schreibt er antisemitische Angriffe gegen die Behörden, die linke Hand streckt er nach dem jüdischen Gelde aus. Diese Leute brauchen wir nicht! Wir tausend Konitzer Einwohner sind uns Hilfe genug. Wenn ich Hilfe brauche, so werde ich sie selbst suchen. Der Staatsanwalt geht sodann auf das Beweismaterial ein: Ich bin so reich an Zeugen, daß ich ruhig einige von ihnen streichen kann. Auf die Schüleraussagen lege ich das größte Gewicht. Der einunddreißigste Zeuge ist der Vater des Ermordeten. Seine Trauer um den verlorenen Sohn ist mir zu Herzen gegangen. Glauben Sie, daß dieser Vater, den schweres Unglück getroffen hat, sich hinstellen wird und seine Seele verschwören, damit Lewy ins Zuchthaus kommt? Es sind einunddreißig Belastungszeugen vorhanden. Sechs von diesen will ich streichen. Diese fünfundzwanzig Zeugen aber mache man mir unglaubhaft. So lange nicht der Nachweis für deren Unglaubwürdigkeit erbracht ist, so lange sage ich: Der Angeklagte ist schuldig! Ich ersuche Sie, den Angeklagten in allen drei Fällen schuldig des wissentlichen Meineids zu sprechen, jedoch die Hilfsfrage nur zu bejahen bezüglich des zweiten und dritten Eides, weil hier Angeklagter beim Geständniß des ersten Eides einen Meineid geschworen. Dagegen liegt hier wegen des ersten Falles ein Grund nicht vor. Hätte ich Beweise dafür, daß Lewy beim Tode Winters betheiligt ist, so würde ich noch heute die Anklage wegen Mordes gegen ihn erheben. Da ich sie nicht erheben kann, so muß die Frage des Meineides zu Ungunsten des Angeklagten entschieden werden. Hier darf nichts hineingetragen werden, was nicht Gegenstand des Beweises ist. Ich habe deshalb auch davon abgesehen, irgend eine weitere Schuldfrage gegen den Angeklagten wegen des Mordes heranzuziehen. Gestern ist seitens der Vertheidigung hervorgehoben, daß ich gegen den Angeklagten gehetzt worden sei, weil ein Jude damit meineidig gemacht werde. Es ist mir höchst gleichgiltig, ob ein Angeklagter Jude ist, und ich weise jene Behauptung mit Entschiedenheit als eine Beleidigung der christlichen Bevölkerung zurück. Von anderer Seite wurde behauptet, die Justizbehörden hätten Furcht vor den Juden. Ein königlich preußischer Staatsanwalt kennt keine Furcht; ich weise diesen Vorwurf mit Entrüstung zurück. Niemals berücksichtige ich, welches Standes, Glaubens Jemand ist. Mein Ideal ist das Recht, welches ich bis zum letzten Athemzuge vertreten werde. Die gegen mich und die Behörden gerichteten Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen, weise ich zurück. Suum cuique, Jedem das Seine, soll meine Richtschnur sein. Die Freiheit dem Unschuldigen, aber das Zuchthaus dem Missethäter! Von diesem hohen Standpunkt sage ich: als freie deutsche Männer sprechen Sie den Angeklagten schuldig, nicht weil er Jude ist — denn das will auch der Christengott, unser Heiland, nicht —, sondern weil er das deutsche Recht mit Füßen getreten und seinen eigenen Glauben verletzt hat. Der Vertheidiger Sonnenfeld hat dagegen protestirt, daß die Staatsanwaltschaft ausgeführt habe, es seien die Machenschaften von jener Seite seitens der Vertheidigung unterstützt worden. Ich erkläre darauf, daß ich dabei die Vertheidigung nicht gemeint habe.

Nachdem hierauf die Vertheidiger, Rechtsanwalt Appelbaum und Sonnenfeld, das Wort genommen und nach längeren Ausführungen die Ueberzeugung geäußert hatten, daß die Geschworenen den Angeklagten freisprechen würden, erklärte der Staatsanwalt in seiner Replik mit Bezug auf eine Aeußerung des ersten Vertheidigers, der ihn mißverstanden habe, wenn er gemeint habe, daß kein Verdacht gegen Lewy vorliege bezüglich der Theilnahme am Morde, er habe davon nichts gesagt; er habe vielmehr nur gesagt, daß er zur Zeit kein genügendes Material zur Erhebung einer Anklage wegen Mordes zur Hand habe. Das sei doch ein gewisser Unterschied. Dann habe der Herr Vertheidiger von einer Hetze gegen die jüdischen Bürger gesprochen und dabei auf antisemitische Zeitungen verwiesen. Er habe auch Zeitungen gelesen, und zwar auch jüdische, und habe gefunden, daß dort gegen die christliche Bevölkerung gehetzt worden sei. So erinnere er sich insbesondere, wie gegen die Familie Hoffmann gehetzt wurde, gegen einen hoch achtbaren Beamten, gegen einen Lehrer; er wolle nur betonen, daß keineswegs nur gegen die jüdische Bevölkerung gehetzt worden sei, sondern ebenso gegen die christliche. Weiter wies der Staatsanwalt den Vorwurf zurück, daß er seine Pflicht vernachlässigt habe, indem er nicht die Photographie Winters mit dem Hute beschafft habe. Er vertraue auf das gute Recht und wisse, die Geschworenen würden den Angeklagten schuldig sprechen. Vertheidiger Appelbaum: Nunmehr müsse er beantragen, nochmals in die Beweisaufnahme einzutreten, und zwar auf Grund der Ausführungen des Staatsanwalts, daß auch von jüdischer Seite gehetzt sei. Präsident: Der Herr Staatsanwalt hat ja nur Zeitungen angezogen. Vertheidiger Appelbaum: Gewiß; das war aber nicht Gegenstand des Beweises, und ich habe mich gewundert, daß der Herr Präsident, der doch sonst so wachsam ist, das übersehen hat. Präsident: Ich möchte mich gegen diesen Vorwurf verwahren. Daß derartige Zeitungsartikel erschienen sind, war allerdings Gegenstand der Beweisaufnahme. Staatsanwalt: Ich habe nur vorgebracht, was notorisch ist. Appelbaum: So leid es mir thut, eine Persönlichkeit weiter bloßstellen zu müssen: ich lege hier einen Brief vor und bitte, Herrn Zimmer darüber zu vernehmen zum Beweise dafür, welche Seite gegen Hoffmann und gegen die anderen Christen, die der Herr Staatsanwalt erwähnte, den Verdacht gelenkt hat. Vertheidiger Sonnenfeld: Ich richte an den Ersten Herrn Staatsanwalt die Anfrage, ob der Verdacht gegen die genannten Personen von Juden erfunden, oder ob nicht vielmehr die Spuren dieses Verdachtes theils aus den Kreisen der christlichen Bevölkerung, theils durch Beamte der Staatsanwaltschaft verfolgt worden sind. Staatsanwalt: Ich muß jede Beantwortung dieser Frage ablehnen. Sonnenfeld: Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Vorwurfes beantrage ich die Vernehmung des Kriminalinspektors Braun darüber, ob jener Verdacht von jüdischer oder von anderer Seite erhoben wurde. Inspektor Braun ist nicht zur Stelle. Vertheidiger Appelbaum verzichtet namens der Vertheidigung auf die Verlesung des Briefes. Gefehlt worden sei wohl von beiden Seiten. Die Ausschreitungen, die von der einen Seite erfolgten, hätten naturgemäß eine Erwiderung von der anderen Seite hervorgerufen. Vertheidiger Sonnenfeld: Auf die weitere Beweisaufnahme würden wir verzichten, wenn der Staatsanwalt die Frage beantwortet, ob die Anklagebehörde auch die Dienste Stephans benutzt hat. Staatsanwalt: Stephan gab an, er habe neue Spuren entdeckt, deren Verfolgung ohne seine Mitwirkung unmöglich sei. Aus diesem Grunde habe ihn die Berliner Polizei einige Tage benutzt. Vertheidiger Sonnenfeld erklärt sich mit dieser Antwort befriedigt. Präsident: Angeklagter, haben Sie noch etwas hinzuzufügen? Angeklagter Moritz Lewy (weinend): Ich bitte die Herren Geschworenen um Freisprechung. Ich bin unschuldig, so wahr mir Gott helfe! (Gelächter im Publikum.) Der Präsident schreitet nun zur Rechtsbelehrung für die Geschworenen und schließt mit dem Wunsche, daß es den Geschworenen gelingen möge, die materielle Wahrheit zu finden. Sie Alle seien durchdrungen von der Schwere des Richteramts. Die Pflicht des Richters sei, zu urtheilen ohne Rücksicht auf die soziale, religiöse Stellung des Angeklagten, ohne Ansehen der Person. „Seien Sie sich bewußt, daß Sie dereinst vorm Richterstuhl Gottes Rechenschaft geben müssen." Die Geschworenen ziehen sich darauf 4 Uhr 53 Min. zur Berathung zurück.

Nach kaum halbstündiger Berathung verkündet der Obmann der Geschworenen, Kaufmann Kerner, den folgenden Schiedsspruch: Der Angeklagte Moritz Lewy ist schuldig des wissentlichen Meineides in drei Fällen. Milderungsgründe werden im ersten Falle verneint, in den beiden anderen bejaht.

Der Erste Staatsanwalt beantragt eine Gesammtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und dauernde Aberkennung der Fähigkeit, als Zeuge zu dienen. — Vertheidiger Sonnenfeld bittet den Gerichtshof, zu berücksichtigen, welche anormalen Verhältnisse in der Stadt geherrscht haben, die Verfolgung, der die Familie Lewy ausgesetzt gewesen, und die Erregung, in der sie sich dadurch habe befinden müssen. Unter solchen Verhältnissen könne Manches geschehen, was unter normalen Verhältnissen nicht vorgekommen wäre. Er bittet um ein erheblich niedrigeres Strafmaß. — Angeklagter (völlig zusammengebrochen, weinend): Ich bin unschuldig!

Der Gerichtshof verurtheilt den Angeklagten zu vier Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust. Das viel hundertköpfige, das Gerichtsgebäude umlagernde Publikum nahm den Urtheilsspruch mit lebhafter Freude auf.

Aus Nah und Fern.

Starke Schneefälle werden aus verschiedenen Gegenden Deutschlands gemeldet. Aus der Lüneburger Haide wird unter dem 16. Februar geschrieben: Während Freitag früh 7 Uhr hier 25 Grad Celsius Kälte herrschte, die stärkste dieses Winters und seit Jahren, ist in der Nacht zu Sonnabend ein Schneesturz erfolgt, der meterhohen Schnee gebracht hat. Heute (Sonnabend) ist Alles rege, um mit Schneeschippe und Schneepflug nur einigermaßen den Verkehr zu ermöglichen. Dabei 3 Grad Celsius Wärme, Barometer 765 Millimeter. — Infolge starker Schneefälle sind am Sonnabend im Rheinland zahlreiche Verkehrsstörungen vorgekommen. — In Thüringen herrschen heftige Schneestürme. Die Bahnzüge haben größere Verspätungen. — Infolge mehrtägigen starken Schneetreibens werden aus ganz Bayern große Verkehrsstörungen gemeldet. Fast alle Züge haben Verspätung. Auf fünf Lokalbahnen in Oberbayern, Schwaben und Oberfranken ist der Verkehr gänzlich eingestellt. — Aus Stuttgart kommt folgende Post: Der Schnellzug 84 von Nördlingen nach Stuttgart entgleiste Sonnabend Abend vor Station Westhausen infolge von Schienenbruch und starker Schneeverwehungen. Der gestern früh von Nördlingen abgegangene Zug 72 fuhr, weil Telegraph und Signalverbindung unterbrochen war und wegen der ungeheueren Schneemassen Niemand dem anfahrenden Zuge entgegengehen konnte, auf genannten Schnellzug auf. Durch den Zusammenprall wurden drei Wagen des Schnellzugs völlig zertrümmert. Der Materialschaden ist bedeutend, Menschen sind nicht verletzt worden.

Der Großmeister der englischen Freimaurer. Der Herzog von Connaught ist an Stelle seines Bruders, des jetzigen Königs, zum Großmeister der englischen Freimaurer ernannt worden. König Eduard behält den Titel eines obersten Protektors des Ordens.

Schweres Unglück zur See. Ein britischer Dampfer ist in der Trinity-Bai am 3. d. Mts. gestrandet; 24 Personen, welche an Bord waren, sind umgekommen.

Erdbeben. Auf dem Triester Observatorium wurde Sonnabend Abend 9 Uhr ein ziemlich heftiger Erdstoß in der Richtung nach Nordnordwest beobachtet. — Nach Privatmeldungen aus Laibach ist auch dort gestern ein Erdstoß verspürt worden, ohne daß indessen irgend welcher Schaden angerichtet wäre.

Nachspiel zum Konitzer Meineidsprozeß. Nach Schluß der Sonnabend-Sitzung im Lewy-Prozeß wurde der Reporter Zimmer von dem Lehrer Weichel mit einem Stocke über den Kopf gehauen, worauf Weichel in Haft genommen wurde.

Eine furchtbare Brandkatastrophe wird aus Viktoria (Britisch Columbia), 16. Februar, gemeldet: 27 Weiße, 29 Chinesen und 9 Japaner wurden in einer der Union-Kohlenminen in Cumberland verschüttet, welche in Flammen steht. Alle Hoffnung, die Verunglückten zu retten, ist aufgegeben.

Eingestelltes Verfahren gegen Dr. Sello. Wie die „Vossische Zeitung" hört, beantragte die Staatsanwaltschaft bei der Berliner Strafkammer, das Verfahren gegen den Justizrath Sello einzustellen.

Blutiger Krawall. In Ledeberg bei Gent entstand Sonnabend Abend zwischen Rekruten, die zur Auslosung in die Stadt gekommen waren, eine große Schlägerei. Die Ortspolizei wandte sich um Hilfe an die Gendarmerie, welche alsbald einschritt und von ihren Waffen Gebrauch machen mußte. Ein Gendarm wurde schwer verletzt und ein Polizist von einer Revolverkugel getroffen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Stiftung in Berlin. Der Magistrat stimmte einer Schenkung zu, welche der Rentner Zeitler der Stadtgemeinde widmete. Zeitler überläßt der Stadt zwei Häuser in der Nähe des Friedrichshains, damit sie dort besonders würdigen Studenten oder Kandidaten freie Wohnung gewährt.

Schienenbruch. Man meldet aus Dirschau: Sonnabend Mittag entgleiste zwischen den Stationen Grunau und Altfelde der Schnellzug 2 Eydtkuhnen—Berlin. Der Speisewagen, ein Personen- und der Postwagen liefen mehrere hundert Meter neben dem Geleise. Personen sind nicht verletzt worden. Die Ursache ist vermuthlich Schienenbruch. Ein Sonderzug beförderte die Passagiere des Schnellzuges von Dirschau nach Berlin.

Feuersbrunst. Sonnabend früh gegen 4½ Uhr brach im Bergwerksbureau des Hauptverwaltungsgebäudes der Georg-Marien-Hütte bei Osnabrück wahrscheinlich durch Kurzschluß Feuer aus, infolgedessen das ganze Gebäude bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte. Wie die „Osnabrücker Zeitung" meldet, konnte der größte Theil der Bücher und Akten gerettet werden.

Pest. Man meldet aus Triest: Eine sanitätsärztliche Untersuchung der Leiche der an Bord des Lloyddampfers „Apollo" verstorbenen Person ergab, daß Pest als Todesursache vollständig ausgeschlossen ist.

Kriminalkommissar Thiel hat auf die Einlegung des Rechtsmittels der Revision Verzicht geleistet und bereits die ihm zuerkannte dreijährige Zuchthausstrafe angetreten.

Schweres Grubenunglück. Aus Toronto wird depeschirt: In der Grube von Nonimo fand ein Explosion statt. 60 Arbeiter wurden verschüttet.

Unglück. In Kiel wurden Sonnabend beim Abbruch der alten Gaardener Gasanstalt durch eine losgehende Dynamitpatrone 4 Arbeiter schwer verletzt.

Bei dem Untergange des deutschen Dampfers „Cetos", welcher bei der Einfahrt in den Hafen von Bombay mit dem englischen Dampfer „Dagbestan" zusammenstieß, wurde die ganze Mannschaft des „Cetos" gerettet.

Der Stadt Krefeld vermachte der verstorbene frühere Abgeordnete L. F. Seyffardt 150 000 Mark zum Besten der Volks- und Fortbildungsschulen, ferner eine große Summe zu Bildungszwecken.

Im Schwerinschacht der Florentinegrube bei Kattowitz wurden drei sechzehnjährige Arbeitsburschen von Kohlenmassen verschüttet; einer blieb todt, die beiden anderen wurden lebensgefährlich verletzt.

Burensiedelungen in Rußland. Im Gouvernement Wolhynien giebt es Kolonien von zusammen etwa vier- bis fünfhundert Holländern, die bereits im 17. Jahrhundert dorthin eingewandert sind. Alle echten Züge und Eigenthümlichkeiten, die die südafrikanischen Buren kennzeichnen, sollen auch den „russischen Buren" eigen sein. Sie leben ebenfalls in Farmen, tragen die eigenartigen „Burenhüte", widmen ihre freie Zeit dem Bibellesen, zeichnen sich ferner durch Redlichkeit und Arbeitsamkeit aus. Sie leben in vollem Einvernehmen mit den russischen Bauern und hegen gegen die Engländer denselben Haß wie ihre südafrikanischen Stammesbrüder, deren Schicksal sie natürlich besonders berührt. Die Burenfarmen zeichnen sich vortheilhaft durch ihre Ordnung, Häuslichkeit und Wohlhabenheit von den russischen Farmen aus.

Die Verheirathung Deschanels. Die kirchliche Trauung des Kammerpräsidenten Deschanel mit Fräulein Brice de Ville hat, nachdem die Civiltrauung bereits am 13. d. M. vorangegangen, am Sonnabend in der Kirche Staint Germain des Pres zu Paris stattgefunden. Unter den Anwesenden befanden sich Präsident Loubet, viele Mitglieder des diplomatisches Korps und eine große Anzahl von Vertretern der politischen und litterarischen Welt.

Die Einwohnerzahl von Berlin. Das vorläufige Ergebniß der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 für Berlin und seine Vororte ist jetzt vom Preußischen Statistischen Amt veröffentlicht worden. Danach zählte Berlin an dem angegebenen Datum 1 884 151 Köpfe (gegen 1 677 304 in 1895 und 826 341 in 1871), während die Einwohnerzahl der Vororte 639 310 Köpfe betrug (gegen 435 236 in 1895 und 57 735 in 1871). Faßt man Berlin und seine Vororte als ein einheitliches Wirthschaftsgebiet auf, so wurden auf ihm am 1. Dezember 1900 2 523 461 ortsanwesende Personen gezählt gegen 2 112 540 am 2. Dezember 1895, d. i. eine Zunahme um 19,45 Prozent der Bevölkerung im letzten Jahrfünft gegenüber einer Zunahme von 14,35 und 24,91 Prozent nach den beiden vorhergehenden Zählungen.

Die Großstadt Essen. Der Kreistag des Landkreises Essen genehmigte die Eingemeindung von Altendorf nach Essen. Der Landtagsbeschluß soll beschleunigt werden, so daß bis zum April die Eingemeindung erfolgen kann. Essen wird dann 200 000 Einwohner haben.

Vom Diebstahl im Pantheon zu Rom. Am Sonnabend wurden zwei bei den Restaurationsarbeiten im Pantheon beschäftigte Arbeiter wegen Diebstahls am Grabe Humberts verhaftet. Dieselben bekannten, daß sie sich Abends in das Pantheon haben einschließen lassen, um einen Diebstahl auszuführen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Halberstadt**, 16. Febr. (Der Erste Staatsanwalt) bei dem hiesigen Landgericht, Geheimer Ober-Justizrath Schöne, tritt mit dem 1. April d. J. in den erbetenen Ruhestand. Er hat am 5. Januar d. J. sein 50jähriges Dienstjubiläum gefeiert.

— **Dessau**, 16. Febr. (Das Tauffest im Herzoglichen Hause.) Das Herzogliche Haus feiert heute die Taufe des jüngstgeborenen Sohnes des Prinzen Eduard. Die Tauffeierlichkeit fand heute Nachmittag um 3 Uhr im Palais Sr. Hoheit des Prinzen Eduard, vor dem ein militärischer Doppelposten aufgezogen ist, statt. Der Taufakt wurde vom Herrn Generalsuperintendenten Oberhofprediger D. Teichmüller vollzogen. Der am 11. Januar dieses Jahres geborene Prinz erhielt in der heiligen Taufe folgende Namen: Joachim Ernst, Wilhelm, Karl, Albrecht, Leopold, Friedrich, Moritz, Erdmann. Taufpathen sind: der deutsche Kaiser und König von Preußen, der Herzog und die Herzogin von Anhalt, die Großeltern des Prinzen, der König von Rumänien, Prinz Albrecht von Preußen, Regent des Herzogthums Braunschweig, Prinz Friedrich Leopold von Preußen, Prinz Leopold von Bayern, der Herzog von Sachsen-Altenburg, Prinz und Prinzessin Moritz von Sachsen-Altenburg, die Fürstin-Mutter Hermine zu Schaumburg-Lippe, Prinzessin Wilhelm zu Schaumburg-Lippe, Prinz Friedrich von Sachsen-Meiningen, der Erbprinz von Anhalt. Dem Taufakte wohnten alle hier weilenden Höchsten Herrschaften, die Abgesandten fremder Höfe, die respektiven Gefolge und die dienstthuenden Kammerherren bei. An die Tauffeierlichkeit schloß sich eine Defilircour vor den Höchsten Herrschaften. Sodann fand im Herzoglichen Residenzschloß ein Galadiner zu 80 Gedecken statt. Unter den Tafelgästen befanden sich noch der Herzogliche Haus- und Staatsminister Dr. von Koseritz, Se. Exc. Dr. Beldiman, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Rumänien, Hofmarschall und Kammerherr von Luck, Abgesandter des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, Hofmarschall und Kammerherr von Alten, Abgesandter der Fürstin-Mutter zu Schaumburg-Lippe; ferner die Gefolge der Höchsten Herrschaften, die obersten Hofchargen und Herzoglichen Kammerherren, der Kommandeur und

Den Eingang der neuen **Frühjahrs- und Sommer-Stoffe** zeigen wir ergebenst an und bitten höflichst, uns mit werthen Aufträgen möglichst jetzt schon zu beehren.
Beste Ausführung bei mässigen Preisen sichern im Voraus zu.
Schwarz & Tillig, Tuchhandlung mit Anfertigung feinerer Herrenkleider nach Maass,
Gr. Steinstrasse 15, gegenüber dem Halleschen Bankverein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190102182-14/fragment/page=0003

die Stabsoffiziere des Anhaltischen Infanterieregiments, das Landtags-Präsidium, Kreisdirektor Dr. Sachsenberg, Oberbürgermeister Dr. Ebeling und einige andere Herren aus der Bürgerschaft. — Der Herzog von Anhalt hat aus Anlaß der Taufe des Prinzen Joachim Ernst den Herzoglichen Hausorden Albrechts des Bären verliehen und zwar das Großkreuz: dem Herzogl. Schloßhauptmann von Ballenstedt und Kammerherrn Excellenz Erich von Krosigk auf Rathmannsdorf; die Kommandeur-Insignien I. Klasse: dem Herzogl. Hausmarschall und Kammerherrn Freiherrn von Loën in Dessau und dem Herzogl. Kammerherrn und Hofchef Seiner Hoheit des Prinzen Aribert von Anhalt Oberstleutnant a. D. Kindler von Knobloch in Berlin; die Kommandeur-Insignien II. Klasse: dem Geheimen Sanitätsrath Dr. Mohs in Dessau; die Ritter-Insignien I. Klasse: dem Herzoglichen Kammerherrn Grafen von Waldersee zu Hünerland; die Ritter-Insignien II. Klasse: dem Sanitätsrath Dr. Günther in Dessau; und ferner: dem Herzogl. Schloßhauptmann von Dessau und Kammerherrn Freiherrn von Bodenhausen auf Radis das Prädikat „Excellenz“ und dem Bibliothekar Hofrath Kulpe in Dessau den Titel „Geheimer Hofrath“.

W. **Weimar**, 17. Februar. (Amnestie. — Karl-August-Fonds). Der Großherzog Wilhelm Ernst hat laut Extrablatt der „Weimarischen Zeitung“ vom 17. Februar eine Amnestie erlassen, durch welche allen Personen, welche bis zum heutigen Tage incl. wegen Verbrechen oder Vergehen in Bezug auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte (§§ 105 bis 109 des Strafgesetzbuches), wegen Beleidigung des Landesfürsten oder eines Mitgliedes des Großherzoglichen Hauses (§§ 95—97 des Strafgesetzbuches) durch Erkenntniß eines großherzoglichen Gerichts rechtskräftig verurtheilt sind, diese Strafe, soweit sie nicht verbüßt ist, erlassen wird. Die Amnestie erstreckt sich ferner auf eine Reihe von Vergehen gegen das Strafgesetzbuch, namentlich Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Beleidigungen durch die Presse, Zweikampf, fahrlässige Körperverletzung, sofern die verhängten Strafen die Dauer von 2 Monaten, die Geldstrafen den Betrag von 300 Mark nicht überschreiten. — Der Großherzog hat der Jubiläums-Stiftung für Gemeindepflege zum dauernden Gedächtniß seines Vaters und zur weiteren Förderung und Kräftigung der Gemeindepflege einen Karl „August-Fonds“ im Betrage von 100 000 Mark überwiesen.

Coburg, 10. Febr. (Zugentgleisung.) Auf der Strecke Eisfeld—Unterneubrunn entgleiste eine Maschine mit einem Schneepflug; der Lokomotivführer und der Heizer wurden verwundet. Ein Hilfszug ist von Coburg dahin abgegangen.

Personalnachrichten.

— Der Kreis-Wundarzt Dr. med. **Wachs** in **Wittenberg** ist zum Kreisphysikus des Kreises Wittenberg ernannt worden. — Dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justizrath Schöne in Halberstadt ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. — In die Liste der Rechtsanwälte ist eingetragen: der Rechtsanwalt Huguenin aus Angerburg bei dem Amtsgericht in Langensalza.

Der Regent von Braunschweig, Prinz Albrecht, hat dem großherzoglich sächsischen Oberstallmeister und Kammerherrn Grafen zu Münster-Langelage in Weimar das Kommandeurkreuz erster Klasse des Ordens Heinrichs des Löwen verliehen.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null).

					Fall	Wuchs
Saale.						
Halle	17. Febr.	+ 1,82	18. Febr.	+ 1,82	—	—
Trotha	"	+ 1,96	"	+ 1,96	—	—
*Alsleben	15. Febr.	+ 1,68	16. Febr.	+ 1,68	—	—
*Calbe, Obp.	"	+ 1,56	"	+ 1,51	0,05	—
do. Untp.	"	+ 1,14	"	+ 1,02	0,12	—
Unstrut.						
Straußfurt	15. Febr.	+ 1,35	16. Febr.	+ 1,25	0,10	—
Moldau.						
Budweis	14. Febr.	— 0,06	15. Febr.	— 0,06	—	—
Prag	"	— 0,35	"	— 0,40	0,05	—
Havel.						
*Brandenburg	15. Febr.		16. Febr.			
Oberpegel	"	+ 2,12	"	+ 2,11	0,01	—
Unterpegel	"	+ 1,30	"	+ 1,32	—	0,02
*Rathenow						
Oberpegel	"	+ 1,62	"	+ 1,54	0,08	—
Unterpegel	"	+ 0,98	"	+ 1,00	—	0,02
*Havelberg	"	+ 1,80	"	+ 1,85	—	0,05
Elbe.						
Pardubitz	14. Febr.	+ —	15. Febr.	+ —	—	—
Brandeis	"	+ —	"	+ —	—	—
Melnik	"	— 0,50	"	— 0,54	0,04	—
Leitmeritz	"	— 0,44	"	— 0,48	0,04	—
Außig	"	— —	"	— —	—	—
Dresden	15. Febr.	— 1,95	16. Febr.	— 1,98	0,03	—
*Torgau	"	+ 0,87	"	+ 0,91	—	0,04
*Wittenberg	"	+ 2,46	"	+ 2,28	0,18	—
*Roßlau	"	+ 0,79	"	+ 0,82	—	0,03
*Barby	"	+ 1,66	"	+ 1,46	0,20	—
*Magdeburg	"	+ 1,30	"	+ 1,20	0,10	—
*Tangermünde	"	+ 2,02	"	+ 1,88	0,14	—
*Wittenberge	"	+ 1,38	"	+ 1,26	0,12	—
Lenzen	"	+ 1,60	"	+ 1,50	0,10	—
Dömitz	"	+ 0,97	"	+ 0,87	0,10	—
*Lauenburg	"	+ 1,10	"	+ 1,06	0,04	—

*) Beobachtet in der Mittagszeit nach amtlichen Depeschen der Königl. Elbstrom-Bauverwaltung.

Wie uns die Elbstrombauverwaltung mittheilt, hatte sich am 15. d. Mts. auf der Strecke zwischen Altona und Bullenhausen und Bunthaus km 625—609 eine neue starke Eisdecke gebildet, welche im Köhlbrand durch die Eisbrechdampfer erst nach mehrstündiger Arbeit beseitigt werden konnte. Die Temperatur betrug Vormittags 8 Uhr — 13° C.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte in Hamburg.

Dienstag, 19. Februar: Wenig verändert, vielfach neblig, bedeckt.

Mittwoch, 20. Februar: Feuchtkalt, vielfach Niederschläge, neblig, windig.

Börsen- und Handelstheil.

Allgemeines.

W. **Halle a. S.**, 17. Februar. Der Aufsichtsrath der Halleschen Maschinenfabrik beschloß, eine Dividende von 36 Prozent vorzuschlagen. Der Reingewinn beträgt 869 668 ℳ.

— **Berlin**, 17. Febr. In der am Sonnabend stattgehabten Sitzung des Aufsichtsraths der Berliner Bank wurde seitens der Direktion das Bilanz- sowie das Gewinn- und Verlustkonto für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Dasselbe ergiebt einen Bruttogewinn von 4 329 377,76 ℳ gegen 4 695 127,78 ℳ im Vorjahre. Die Verwaltung beantragt, der für den 30. März cr. einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, aus diesem Gewinn eine Extra-Abschreibung von 500 000 ℳ auf laufende Konsortialgeschäfte abzusetzen und von dem Rest von 2 758 982,70 ℳ dem ordentlichen Reservefonds 135 171,55 ℳ, dem Geschäftshaus-Reservefonds einen Betrag von 50 000 ℳ (100 000 ℳ), dem Pensions- und Unterstützungsfonds der Angestellten 25 000 ℳ (100 000 ℳ) zuzuführen und nach Absetzung der statuten- und vertragsmäßigen Tantièmen unter Vortrag von 72 449,50 ℳ (55 551,64 ℳ) auf neue Rechnung eine Dividende von 5% auf das Aktienkapital von 42 000 000 ℳ zu vertheilen.

— **Leipzig**, 16. Febr. Der in der heutigen Aufsichtsrathssitzung der Kredit- und Sparbank Leipzig vorgelegte Abschluß ergiebt einen Reingewinn von 866 087,34 ℳ gegen 899 019,22 ℳ im Vorjahre. Der Aufsichtsrath beschloß, der am 14. März stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, von dem Gewinn vorsichtshalber 200 000 ℳ abzuschreiben und 5 Prozent Dividende zu vertheilen.

W. **Dresden**, 17. Febr. Der Aufsichtsrath der „Sächsischen Bank“ beschloß, der für den 18. März einberufenen Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 9 Prozent vorzuschlagen.

— Am 1. März ds. Js. wird in Aue im Kgr. Sachsen eine von der Reichsbankstelle in Chemnitz abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet werden.

Tages-Marktberichte.

— **Berlin**, 16. Februar. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, märkischer 155,00—157,00 ℳ ab Bahn, Mai 161,75—161,50 ℳ Roggen, märk., 143,00—144,00 ℳ ab Bahn, Mai 143 ℳ Gerste, leichte inländische Futtergerste, 131,00—141,00 ℳ, schwere 146,00 bis 154,00 ℳ, russische 132,00—137,00 ℳ Hafer, märk., meckl. und pommscher fein 149,00—159,00 ℳ, märkischer, mecklenburger, pomm. und preuß. mittel 144,00—148,00 ℳ, gering 141—143 ℳ, posenscher und schlesischer mittel 144—148 ℳ, gering 141—143 ℳ Mais, amerik. Mixed 119,00—120,00 ℳ Erbsen, inländische und russische Futterwaare 146—158 ℳ Weizenmehl 00 19—22,25 ℳ Roggenmehl 0 und 1 18,25—19,50 ℳ Weizenkleie, grobe 9,90—10,25 Mark, feine 9,65—9,90 ℳ Roggenkleie 9,90—10,25 ℳ Rüböl Mai 56,00—55,90 ℳ — Mittagsbörse: Weizen, märkischer 765 Gr. 157,00 ℳ, ab Bahn, Mai 161,25—160,75—161,25 ℳ, Juli 163,50—163,00—163,25 ℳ Roggen, märkischer 143,50 ℳ ab Bahn, Mai 143—142,75—143 ℳ, Juli 142,75—142,50—142,75 ℳ Hafer, pomm., märk. und mecklenb. fein 148,00—158,00 ℳ, märk., meckl., pomm. und preuß. mittel 143—147 ℳ, gering 140—142 ℳ, pos. und schles. mittel 142—143 ℳ, gering 140,00—142,00 ℳ Juli 136,50 ℳ Mais, amerik. Mixed loko 119,00—120,00 ℳ, Mai 108 ℳ, Juli 107,00—106,75 ℳ Weizenmehl 00 19,00—22,25 ℳ Roggenmehl 0 u. 1 18,25—19,50 ℳ Rüböl Februar 55,90 ℳ Br., Mai 56,10—55,50—55,70 ℳ, Oktober 59,80 ℳ Br. Spiritus 44,20 ℳ — Preise um 2¼ Uhr (nichtamtlich): Weizen Mai 161,25 ℳ, Juli 163,25 ℳ, September 164,75 ℳ Roggen Mai 143,00 ℳ, Juli 142,75 ℳ, September 142,50 ℳ Hafer Mai 137,75 ℳ, Juli 136,75 ℳ Mais Februar 118,00 ℳ, Mai 108,00 ℳ, Juli 107,00 ℳ Mehl Februar 18,70 ℳ, Mai 18,80 ℳ, Juli 18,85 ℳ Rüböl Mai 55,70 ℳ, Oktober 49,80 ℳ

— **Magdeburg**, 16. Febr. (Notirungen des Magdeburger Vereins für Landwirthschaft.) Weizen, Shiriff 145—150 ℳ, Rauhweizen 142—144 ℳ Roggen 145—148 ℳ, abfallende Qualitäten indessen billiger zu haben. Gerste, Landwaare 150 bis 160 ℳ, mittlere Chevaliers 160—170 ℳ, feine bis 185 ℳ, feinste auch über Notiz gesucht. Hafer 140—149 ℳ Erbsen 175—200 ℳ Mais, gem. amerik. 117 ℳ, für spätere Termine billiger zu haben.

— **New-York**, 15. Febr., 6 Uhr Abends. Waarenbericht. (Die gestrigen Notirungen sind eingeklammert beigefügt.) Baumwolle-Preis in New-York 9⅜ ($9\frac{9}{16}$), Lieferung Febr. —,— (9,11), Lieferung April 9,04 (9,13), in New-Orleans $9\frac{3}{16}$ ($9\frac{3}{16}$), Petroleum, Stand white in New-York 7,80 (7,80), in Philadelphia 7,75 (7,75), Rafined (in Cases) 8,85 (8,85), Credit Balances at Oil City 125 (125), Schmalz, Western steam 7,80 (7,85), Rohe & Brothers 7,95 (8,00), Mais*) per Febr. — (—), Mai 46⅛ (46), Juli $45\frac{5}{8}$ (45), Weizen**) rother Winterweizen loco $80\frac{3}{4}$ (81), Weizen per Febr. — (—), per März $79\frac{3}{8}$ (79⅛), per Mai 80 (80⅛), per Juli 79⅞ ($79\frac{3}{4}$), Getreidefracht nach Liverpool 1⅛ (1⅛), Kaffee fair Rio Nr. 7 $7\frac{1}{8}$ ($7\frac{1}{8}$), Rio Nr. 7 per März 5,65 (5,55), per Mai 5,70 (5,65), Mehl, Spring Wheat clears 2,75 (2,75), Zucker $3\frac{3}{4}$ ($3\frac{3}{4}$), Zinn 26,85 (26,62½), Kupfer 17,00 (17,00).

*) Tendenz Mais: stetig.
**) Tendenz Weizen: behauptet.

— **Chicago**, 15. Febr., 6 Uhr Abends. Waarenbericht. (Die gestrigen Notirungen sind eingeklammert beigefügt.) Weizen*): per März $73\frac{7}{8}$ ($74\frac{1}{8}$), per Mai 75⅜ (75⅜), Mais**) per Mai 40⅜ (40⅜), Schmalz per Febr. 7,45 (7,50), per Mai 7,55 (7,57½), Speck short clear 7,45 (7,32), Pork per Jan. 14,05 (14,12).

Viehmärkte.

— **Berlin**, 16. Febr. Städtischer Schlachtviehmarkt. (Amtlicher Bericht der Direktion.) Zum Verkauf standen: 5052 Rinder, 1450 Kälber, 10 362 Schafe, 8418 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in ℳ (bezw. für 1 Pfd. in ₰). Für Rinder, Ochsen: a. vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt 62—65; b. junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 56—61; c. mäßig genährte junge und gut genährte ältere 54—55; d. gering genährte jeden Alters 49—53. Bullen: a. vollfleischige, höchsten Schlachtwerths 60—64; b. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 55—59; c. gering genährte 50—54. Färsen und Kühe: a. vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths fehlen; b. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt, 52—54; c. ältere ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere 50—51; d. mäßig genährte Färsen und Kühe 47—50; e. gering genährte Färsen und Kühe 42—45. — Kälber: a. feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 67—69; b. mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 54—58; c. geringe Saugkälber 46—50; d. ältere gering genährte Kälber (Fresser) 40—48. — Schafe: a. Mastlämmer und jüngere Masthammel 57—60; b. ältere Masthammel 45—53; c. mäßig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) 41—44; d. Holsteiner Niederungsschafe fehlen. — Schweine: Man zahlte für 100 Pfd. lebend (oder 50 kg) mit 20% Taraabzug: a. vollfleischige feinerer Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren, 220 bis 280 Pfd. schwer, 56; b. schwere, 280 Pfd. und darüber (Käser) 57; c. fleisch. Schweine 53—55; d. gering entwickelte 49—52; e. Sauen 52—54. — Verlauf und Tendenz: Das Rindergeschäft wickelte sich ruhig ab; es bleibt nur kleiner Ueberstand, magere Waare war gesucht. Der Kälberhandel gestaltete sich langsam. Bei den Schafen war der Geschäftsgang langsam, es bleibt Ueberstand. Der Schweinemarkt verlief anfangs ruhig, später ganz langsam, wird aber voraussichtlich geräumt, gute schwere Waare war gesucht.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* **Hamburg**, 16. Febr. Weizen ruhiger, holsteinischer loco 148 bis 160. Laplata 134—137. —— Roggen ruhiger, südrussischer fest. cif. Hamburg 108—110, do. 109—112, mecklenburgischer 136—145. — Mais fest, 107½, Laplata 87. Hafer fest. — Gerste fest.

* **Wien**, 16. Februar. Weizen per Frühjahr 7,77 Gd., 7,78 Br., per Mai-Juni 7,86 Gd., 7,87 Br. Roggen per Frühjahr 7,74 Gd., 7,75 Br., per Mai-Juni 6,64 Gd., 6,65 Br. Mais per Mai-Juni 5,51 Gd., 5,52 Br. Hafer per Frühjahr 6,63 Gd., 6,64 Br., per Mai-Juni — Gd., — Br.

* **Pest**, 16. Febr. Weizen loco behauptet, do. per April 7,52 Gd., 7,53 Br., do. per Oktober 7,65 Gd., 7,66 Br. Roggen per April 7,34 Gd., 7,35 Br., do. per Oktober 6,67 Gd., 6,68 Br. Hafer per April 6,26 Gd., 6,30 Br. Mais per Mai 1901 5,23 Gd., 5,24 Br.

* **Paris**, 16. Febr. (Anfangsbericht.) Weizen matt, per Februar 19,95, per März 20,35, per März-Juni 20,75, per Mai-August 20,95. — Roggen ruhig, per Februar 15,00, per Mai-August 15,50.

* **Paris**, 16. Febr. (Schlußbericht.) Weizen matt, per Februar 19,85, per März 20,25, per März-Juni 20,55, per Mai-August 20,75. — Roggen ruhig, per Februar 15,00, per Mai-August 15,50.

* **Antwerpen**, 16. Februar. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer behauptet. — Gerste behauptet.

* **Amsterdam**, 16. Februar. Weizen auf Termine geschäftslos, per do. März — do. per Mai —. Roggen auf Termine geschäftslos, per März —, per Mai —.

* **London**, 16. Februar. An der Küste — Weizenladungen angeboten.

Zucker.

* **Hamburg**, 16. Februar. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Februar 9,27½, per März 9,32½, per Mai 9,45, per August 9,67½, per Oktober 9,20, per Dezember 9,15. Behauptet.

* **London**, 16. Februar. 96% Proz. Javazucker loco $11\frac{3}{4}$ ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9 sh. 2½ d. stetig.

Kaffee.

* **Hamburg**, 16. Febr. (Anfangsbericht.) Kaffee, Good average Santos März 31,25, Mai 31,75, September 32,75, Dezember 33,25. Tendenz: Behauptet.

* **Hamburg**, 16. Febr. (Schlußbericht.) Kaffee. Nur für Good average Santos, März 31,00 G., Mai 31,50 G., September 32,50 G., Dezember 32,75 G. Schleppend.

* **Havre**, 16. Februar. (Anfangsbericht.) Kaffee in New-York schloß mit 5 Points Hausse. Rio 10 000 Sack, Santos 17 000 Sack Zufuhren für gestern.

* **Havre**, 16. Februar. (Schlußbericht.) Kaffee good average Santos Februar 38,25, März 38,75, Mai 39,25. ——— Tendenz: Unregelmäßig.

* **Amsterdam**, 16. Februar. Java-Kaffee good ordinary 30½.

Petroleum.

* **Bremen**, 16. Februar. Petroleum. Faß zollfrei. Standard white loco 7,10 Br.

* **Hamburg**, 16. Februar. Petroleum ruhig. Standard white loco 7,00 Br.

* **Antwerpen** 16. Febr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raff. Type weiß loco 18⅛ bez. und Br., Februar 18⅛ Br., März $18\frac{3}{4}$ Br., Mai 19 Br. Tendenz: Ruhig.

Spiritus.

* **Nordhausen**, 15. Februar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 Kilogr. (105—106 Ltr.) 58,00—60,00 Mk. Branntwein 45 Vol.-% für 100 Kilogr. (106—107 Ltr.) 64,00—66,00 Mk., ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Kommission der Branntweinfabrikanten durch die Handelskammer notirt.

* **Hamburg**, 16. Februar. Spiritus still, Februar 17,50 G., Februar-März 17,00 G., März-April $15\frac{5}{8}$ G., April-Mai $15\frac{5}{8}$ G.

* **Paris**, 16. Februar. (Anfangsbericht.) Spiritus ruhig, Februar 30,50, März 30,75, Mai-August 31,50, September-Dezember 32,00.

* **Paris**, 16. Februar. (Schlußbericht.) Spiritus ruhig, Februar 30,75, März 30,75, Mai-August 31,50, September-Dezember 31,75. Bis Mittwoch geschlossen.

Hülsenfrüchte.

* **Magdeburg**, 16. Februar. Erbsen, gelbe zum Kochen 18,00 bis 23,00 Mk., Speisebohnen (weiße) 18,00—38,00 Mk., Linsen 18,00 bis 40,00 Mk., alles für 100 kg.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* **Köln**, 16. Februar. Rüböl loco 64,00, Mai 61,50.

* **Hamburg**, 16. Februar. Rüböl ruhig, loco 58,00.

* **Hamburg**, 15. Februar. Schmalz. Amerik. Steam $38\frac{1}{2}$ Mk., do. raff. in Tierces Marke Armour's Special — Mk., do. do. Chamberlain, Roe u. Co. $39\frac{3}{4}$ Mk., do. do. Choice Grocery 39½ Mk., div. Marken 39—$39\frac{1}{4}$ Mk. Alles per 50 Kilogr. netto transito.

* **Paris**, 16. Februar. (Schluß-Bericht.) Rüböl ruhig, Februar 61,50, März 61,50, März-April 61,75, Mai-August 57,50.

* **New-York**, 15. Februar. (Telegramm.) Schmalz Western steam 7,80, do. Rohe und Brothers 7,95.

Kartoffeln. Stärke. Kartoffelmehl.

* **Berlin**, 16. Februar. Kartoffelstärke und -Mehl 17,25 Mk., feuchte Stärke 9,40 Mk.

* **Hamburg**, 15. Februar. Kartoffelstärke, prima Waare prompt 17—$17\frac{1}{4}$ Mk., Lieferung März-April 17—$17\frac{1}{4}$ Mk., Kartoffelmehl, prima Waare prompt 17½—$17\frac{3}{4}$ Mk., Lieferung März-April 17½ bis $17\frac{3}{4}$ Mk., Superior-Stärke 17½—$17\frac{3}{4}$ Mk., Superior-Mehl 17⅞ bis 18 Mk. per 100 Kilogramm.

* **Magdeburg**, 16. Februar. Eßkartoffeln 5,00—5,50 Mk. für 100 kg.

Fleisch. Butter. Eier.

* **Magdeburg**, 16. Februar. Rindfleisch im Großhandel 0,95 bis 1,04 Mk., von der Keule 1,40—1,50 Mk., Bauchfleisch 1,20—1,30 Mk., Schweinefleisch 1,20—1,40 Mk., Kalbfleisch 1,20—1,40 Mk., Hammelfleisch 1,20—1,30 Mk., Speck, geräuch. 1,60 Mk., Eßbutter 2,00 bis 2,40 Mk., alles für 1 kg, Eier für 60 Stück 3,80—4,40 Mk.

Fische.

* **Hamburg**, 15. Februar. Die heutigen Engrospreise stellten sich je nach Qualität per Pfund: Steinbutt, große und mittel 128 bis 135 Pfg., kleine 100—120 Pfg., Seezungen, große 165—170 Pfg., kleine 90—110 Pfg., dänische 160—165 Pfg., Kleiße, große 45 bis 55 Pfg., kleine 30—40 Pfg., Rothzungen 30—35 Pfg., Schollen, große 55—70 Pfg., mittel 50—55 Pfg., kleine 18—40 Pfg., lebende — — Pfg., Schellfische, große 40—45 Pfg., mittel 40—42 Pfg., kleine 25—28 Pfg., Cabliau, große 18—35 Pfg., kleine 18—35 Pfg., Seehechte 30—40 Pfg., Lengfisch 12—15 Pfg., Blaufisch 15—18 Pfg., Knurrhähne 10—12 Pfg., Dorsch 20—25 Pfg., Rochen 10—13 Pfg., Lachs, rothfl. 380 Pfg., Elblachs — Pfg., Silberlachs — Pfg., Lachsforellen 180—230 Pfg., Zander 70—80 Pfg., Flußhechte 55 bis 60 Pfg., Barse 20—40 Pfg., Brachsen 15—40 Pfg., Schnepel — Pfg., Hummern, lebende 210—230 Pfg.

Stroh. Heu.

* **Magdeburg**, 16. Februar. Richtstroh 5,50—6,80 M., Krummstroh 3,50—4,50 Mk., Heu 6,50—8,00 Mk. für 100 kg.

Baumwolle und Wolle.

* **Bremen**, 16. Februar. Baumwolle. Matt. Upland middling loco 49 Pfg.

* **Liverpool**, 16. Februar. (Schluß-Bericht.) Baumwolle. Umsatz 6 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 300 Ballen. Middling amerikanische Lieferungen: Ruhig.

Per	Febr.-März $5\frac{13}{64}$	Käuferpreis,	Per	Juli-August $5\frac{4}{64}$	Verk.-Preis,
"	März-April $5\frac{11}{64}$	Werth,	"	Aug.-Sept. $4\frac{55}{64}$	Käuferpreis,
"	April-Mai $5\frac{10}{64}$	Verk.-Preis,	"	September $4\frac{55}{64}$	Käuferpreis,
"	Mai-Juni $5\frac{8}{64}$	Verk.-Preis,	"	Oktober $4\frac{33}{64}$	Käuferpreis,
"	Juni-Juli $5\frac{6}{64}$	Verk.-Preis,	"	Nov.-Dez. $4\frac{26}{64}$	Käuferpreis.

Metalle.

* **Amsterdam**, 16. Februar. Bancazinn 72,50.

* **London**, 16. Februar. Silber $28\frac{1}{8}$ Lstrl., Chili-Kupfer $71\frac{1}{4}$ Lstrl., per 3 Monate $71\frac{3}{4}$ Lstrl., Blei span. $14\frac{7}{8}$ Lstrl., engl. $15\frac{1}{4}$ Lstrl., Zinn $122\frac{7}{8}$ Lstrl., Zink $17\frac{3}{8}$ Lstrl.

* **Glasgow**, 15. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen. Mixed numbers warrants 54 sh 8 d.

Düngemittel.

* **Hamburg**, 15. Februar. (Chile-Salpeter.) Loco ab Lager 8,35.

* **Rio de Janeiro**, 15. Februar. Wechsel auf London $10\frac{19}{32}$.

Verantwortlich für die Redaktion **Dr. Walther Gebensleben**, Halle, Sprechstunden der Redaktion von 9 bis 12 Uhr Vormittags. Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Halleschen Zeitung in Halle a. S.“ zu adressiren. Für die Inserate verantwortlich O. Brakel, Halle a. S.

Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale), Leipzigerstraße 87.

Mit 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190102182-14/fragment/page=0004